

Zeitschrift: Schweizer Spiegel
Herausgeber: Guggenbühl und Huber
Band: 27 (1951-1952)
Heft: 5

Vorwort: Die Sonne scheint für alle Leut

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 21.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



WENN auch die Kirchen heute leider lange nicht mehr so im Mittelpunkt stehen, wie das noch vor zwei oder drei Generationen der Fall war, so ist es doch unbestreitbar, daß viele christliche Forderungen in einem Maß durchgedrungen sind, wie man das früher nicht für möglich gehalten hätte. Das Gleichnis des hartherzigen Leviters, der den Verwundeten am Wegrand liegen läßt, besitzt in unsern Tagen nicht mehr die gleiche Aktualität. Unsere kranken und alten Mitmenschen werden heute nicht einfach ihrem Schicksal überlassen, sondern es wird für sie gesorgt. Darüber, wie weit die Sozialfürsorge ausgebaut werden soll, gehen zwar die Ansichten auseinander. Sicher wünscht aber niemand mehr jene Zeit zurück, wo der Staat es als seine einzige Aufgabe ansah, für Ruhe und Ordnung zu sorgen.

SCHWIERIGER ist die Entscheidung der Frage, ob es auch Aufgabe des Staates sei, ganzen Erwerbsgruppen ein Auskommen zu garantieren, wie das immer mehr geschieht. Kaum geht es einem Berufszweig schlecht, so erwartet er, daß die Allgemeinheit mit Subventionen oder andern Hilfsmaßnahmen einspringe.

DIESE Entwicklung birgt große Gefahren in sich. Zwar ist es Pflicht eines Vaters, seinen Kindern zu helfen, wenn sie in Schwierigkeiten sind; aber man weiß, daß jene Eltern, die ihren Sprößlingen alle Steine aus dem Wege räumen, diesen einen schlechten Dienst tun. Ähnlich verhält es sich mit der staatlichen Unterstützung. Staatskrücken verhindern, daß man auf eigenen Füßen gehen lernt. Sie erschweren den zwar unangenehmen, aber unvermeidlichen Anpassungsprozeß einer Produzentengruppe an andere Konsumgewohnheiten oder sonst eine veränderte wirtschaftliche Lage. Natürlich ist es z. B. für die welschen Weinbauern höchst schwierig, sich auf die Erzeugung von Rotwein umzustellen, und doch werden sie auf die Dauer nicht darum herum kommen. Die Weißweinaktion aber erschwert diese Umstellung.

MAN stelle sich einmal vor, eine solche Einstellung hätte schon damals geherrscht, als vor hundert Jahren die Eisenbahnen gebaut wurden. Hätte man zu jener Zeit den Fuhrleuten, die durch die neue Erfindung in ihrem Beruf bedroht waren, ihren Besitzstand garantieren müssen, so wären die Eisenbahnen nie gebaut worden.

ALLE diese Bedenken sind zwar bekannt, und wenn heute Geschäfts- und Berufsleute zusammenkommen, so bildet das Schimpfen über die zunehmenden Staatseingriffe eine beliebte Stammtischbeschäftigung. Das verhindert aber diese Anhänger der freien Wirtschaft nicht, selbst laut nach Staatshilfe zu rufen — oder durch ihren Verbandssekretär oder «ihren» Nationalrat rufen zu lassen — sobald in der eigenen Branche ein rauhes Lüftchen weht. Man kann aber die Freiheit nicht erhalten, wenn man sie nur dort verteidigt, wo sie einem nützt, aber sofort bereit ist, sie preiszugeben, wenn sie von einem Opfer verlangt.

DAZU kommt noch etwas. Alle diese Hilfsaktionen kommen nur jenen zugute, die in volkswirtschaftlich bedeutenden und gut organisierten Gruppen tätig sind. Es könnte ein Drittel der Buchhändler Konkurs machen, das Einkommen der jungen Ärzte könnte weit unter das Existenzminimum sinken, und die kleinen Rentner könnten am Hungertuch nagen, sie dürften niemals hoffen, daß sich der Staat auch ihrer annimmt.

DIESE Ungerechtigkeit erzeugt eine gefährliche Verbitterung. Die Angehörigen aller dieser kleinen Gruppen müssen Opfer bringen, um gefährdete große Gruppen zu schützen, obschon sie wissen, daß kein Gegenrecht gehalten wird. Es ist wie wenn man sämtlichen Einwohnern einer Gemeinde zumuten würde, kräftig an die Anschaffung einer neuen Feuerspritze beizusteuern, wobei aber für einen Teil von ihnen von vorneherein feststeht, daß das teure Löschgerät nicht in Funktion treten wird, wenn ihr Haus einmal brennen sollte.